

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rtn. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14674. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs- teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingekauft 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und präsegeleslichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 13

Dienstag, 18. Januar

1921

Vorläufiger Abschluß der Verhandlungen wegen Übertragung der Wasserstraßen auf das Reich.

(N.) Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Länder über Übertragung der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen auf das Reich, welche am 18. Januar in Dresden begannen, sind ununterbrochen bis zum 15. Januar fortgesetzt worden und haben nunmehr einen vorläufigen Abschluß gefunden. Bei der überaus großen Schwierigkeit des Stoffes und namentlich im Hinblick auf die weitgehende Verschiedenartigkeit der wasserrechtlichen Bestimmungen in den beteiligten Ländern war es nicht möglich, über alle Einzelheiten schon jetzt volles Einverständnis zu erzielen. Jedoch ist in den Hauptpunkten eine Einigung gelungen, und die Durchführung der Bestimmungen der Reichsübertragung, wonach die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen spätestens am 1. April 1921 auf das Reich überzugehen haben, kann als gesichert angesehen werden, vorausgesetzt, daß die Regierungen und Volksvertretungen den getroffenen Vereinbarungen zustimmen. Hiernach sollen die Verwaltungs- und Aufsichtsbefugnisse der Landeszentralbehörden hinsichtlich des Baues, der Unterhaltung, des Betriebes und der Verwaltung der zu übertragenden Wasserstraßen einschließlich der Strom- und Schiffsahrtspolizei und hinsichtlich der sonstigen auf den Verkehr bezüglichen Befugnisse sowie hinsichtlich der Seezeichen und des Lotsenwesens ab 1. April 1921 auf das Reichsverkehrsministerium übergehen, wobei aber gewisse administrativ-polizeiliche Befugnisse den Landeszentralstellen verbleiben; die einstweilige Verwaltung der Reichswasserstraßen durch die mittleren und unteren Behörden der Länder erfolgt vom selben Zeitpunkt ab auf Kosten des Reichs und unter Leitung des Reichsverkehrsministeriums. Diese und eine Anzahl anderer Vereinbarungen sollen in Gestalt eines Staatsvertrages Geltung erlangen; seine Ergänzung durch weitere Vereinbarungen, welche die noch nicht geregelten Einzelheiten umfassen werden, bleibt für die nächste Zukunft vorbehalten.

Zuchthausstrafe für Schleichhandel.

(L. P. A.) Nach Reichsgesetz vom 18. Dez. 1920 wird Schleichhandel, vorläufige Preissteigerung und vorläufige verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren und mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbeschränkt ist, bestraft. Als besonders schwerer Fall gilt stets schon das Unternehmen, Vieh, Lebensmittel, Futtermittel oder Dünge mittel ins Ausland zu verschleusen. Im Urteile muß erkannt werden auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit der Polizeiaussicht, Einziehung der Transportmittel und der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, schließlich auch auf Untersehung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs. Die lebenswichtigen Gegenstände, deren verbotene Ausfuhr unter hohe Strafe gestellt ist, sind in einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. November 1919 (RGBl. G. 1919) aufgeführt.

Rückgabe der deutschen Aabel?

London, 17. Januar. Einer hiesigen Blättermeldung zufolge ist man in diplomatischen Kreisen der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Rückgabe der vormals deutschen Aabel an Deutschland vorschlagen würden.

Verhandlungstag der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Landesgruppe Sachsen, hielt gestern in Dresden einen außerordentlichen Verhandlungstag ab, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. G. Roth aus Berlin, der als Mitglied des Sechseckerausschusses an allen Verhandlungen teilgenommen hatte, erläuterte den Bericht. Nach mehrstündiger Aussprache wurde

Der Regierungswechsel in Frankreich.

Perets Verzicht.

Paris, 16. Januar. Kammerpräsident Peret hat dem Präsidenten Millerand mitgeteilt, daß er die Bildung des Ministeriums nicht übernehmen könne. In einer von Havas veröffentlichten Note heißt es über die Gründe des Verzichts, Peret sei auf Grund gestern vormittag erfolgter Besprechungen zu dem Schluß gekommen, daß ein Kabinett, dem Männer wie Poincaré und Viviani ihre Mitarbeit nicht gewähren könnten, nicht mehr den Charakter der nationalen Einigung besitzen würde, den er ihm von Anfang an habe geben wollen, und daß einem solchen Kabinett die unentbehrliche Voraussetzung der Dauerhaftigkeit fehler würde. Der Kammerpräsident sei der Ansicht, daß er gerade mit Rücksicht auf sein hohes Amt und auf die Eingekleidet, die sich bei seiner Wahl am 11. Januar gezeigt habe, nicht das Präsidium eines Ministeriums übernehmen könne, dem infolge seiner Zusammensetzung die Garantie fehler. Er habe daher den Präsidenten Millerand gebeten, die ihm erteilte Mission abzubrechen anzusehen.

Das neue Ministerium Briand.

Paris, 16. Januar. Um 6 Uhr abends begab sich Briand, der nach Perets Verzicht berufen worden war, ins Elysee und unterbreitete dem Präsidenten der Republik die Liste des neuen Ministeriums. Diese setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Minister des Äußeren: Briand, Justizminister: Boucaup, Minister des Innern: Marraud, Kriegsminister: Barthou, Marineminister: Gist Hau, Finanzminister: Paul Doumer, Minister für die besetzten Gebiete: Loucheur, Kolonialminister: Sarraut, Minister für öffentliche Arbeiten: Le Trouquer, Minister für Pensionen: Maginot, Handelsminister: Lucien Dor, Arbeitsminister: Lefevre du Pré, Gesundheitsminister:

einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Verhandlungstag erkennt an, daß die Unterhändler alle Verhandlungsmöglichkeiten restlos erschöpft haben und daß es gegenwärtig unmöglich ist, die Regierung zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen. Der Verhandlungstag spricht den Verhandlungen in Dresden und Berlin sowie den beiderseitigen Unterhändlern das volle Vertrauen aus und ermächtigt diese, die eingeleitete Aktion zu Ende zu führen.

Zu später Abendstunde erreichten die Verhandlungen ihr Ende.

Die Unruhen in Irland.

London, 17. Januar. Nach Blättermeldungen fanden in der vergangenen Woche in Irland zahlreiche Angriffe auf Polizeeamte und Patrouillen statt. Am Sonnabend wurden in Coel bei einer Schießerei ein Steuerbeamter getötet und mehrere Polizisten verwundet.

Der russisch-persische Vertrag.

London, 16. Januar. Wie der „Daily Mail“ aus Teheran gemeldet wird, steht der zwischen den Bolschewiken und Persien vereinbarte Vertrag die Aufhebung des englisch-russischen Vertrags von 1907 vor. Persien und Sowjetrußland enthalten sich jeglicher Einmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten. Rußland annuliert alle persischen Schulden und tritt Persien die Persische Distanzbank ab, die früher eine Zweigstelle der Russischen Staatsbank war. Ferner verzichtet die Sowjetregierung, wie schon gemeldet, auf die Rußland erteilten Konzessionen. Für den Fall, daß eine feindliche Streitmacht beabsichtigt, Rußland auf dem Wege über Persien anzugreifen, dürfen die Bolschewiken ausreichende Streitkräfte nach Persien senden. Endlich wird Rußland eine Entschädigung für den durch die letzte bolschewistische Invasion angerichteten Schaden zahlen. Der persische Vertreter in Moskau ist angewiesen worden, den Vertrag zu unterzeichnen.

Peret, Minister für Unterricht und Kunst.

Briand begab sich darauf in das Ministerium für öffentliche Arbeiten, wo ein Ministerium in Anwesenheit aller Minister stattfand. Heute abend 9 Uhr werden die neuen Minister dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die amtlichen Dekrete über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts erscheinen morgen früh im Amtsblatt. Im Ministerium fand ein Meinungsaustausch statt, der morgen früh in einer neuen Zusammenkunft, die für 9 Uhr vormittags angesetzt ist, fortgesetzt werden soll. In diesem Ministerium werden die Unterstaatssekretäre ernannt werden.

Kein britisches Veto.

London, 17. Januar. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ ist offiziell ermächtigt worden, das von der französischen radikalen Presse verbreitete Gerücht, die britische Regierung habe ihr Veto gegen die Aufnahme Poincarés in das neue französische Kabinett ausgeprochen, als falsch zu bezeichnen.

Sachverständige in Brüssel.

Berlin, 17. Januar. An den weiteren Verhandlungen der Brüsseler Sachverständigen-Kommission über die Durchführung der Lieferungen für die Lösung des Kohlenproblems werden im Auftrage der Reichsregierung Hugo Stinnes sowie drei weitere Vertreter der Arbeitnehmer teilnehmen, darunter Kehler als Vertreter der Bergarbeiter.

Lenins Zustand.

London, 17. Januar. „Morningpost“ meldet aus Reval: Die dortigen Sowjetkreise geben zu, daß Lenin an Überanstrengung leide. Die Ärzte haben ihm eine längere vollständige Ruhezeit angedeutet. Er soll befehlen haben, als Gast eines finnischen Kommunistenführers eine Erholungskur in Finnland durchzumachen.

Erfolge Bauernunruhen in Podolien.

Kopenhagen, 17. Januar. „Politiken“ wird aus Wiga telegraphiert: Aus Moskau kommen Meldungen, daß im Gouvernement Podolien ernste Bauernunruhen ausgebrochen seien, die von dem ukrainischen Obersten Botjanik geleitet werden. Die Militärregierung befürchtet, daß der Zustand sich auch auf die Nachbargebiete ausbreiten könnte. Die Stimmung unter den Bauern in der Ukraine ist äußerst erregt.

Abdankung des Schah von Persien.

Paris, 16. Januar. Wie „Intransigent“ berichtet, hat der Schah von Persien abgedankt. Auch der „Temps“ verzeichnet das Gerücht, bemerkt aber dazu, daß die bei der französischen Regierung eingegangenen Telegramme noch keine Bestätigung dieser Nachricht enthalten, sondern nur melden, daß das persische Kabinett zurückgetreten sei.

Wißtimmung unter den bolschewistischen Truppen.

Kopenhagen, 17. Januar. Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors gemeldet, daß in der letzten Zeit unter den bolschewistischen Truppen besonders in Weiskyland sich starke Wißtimmung gezeigt habe darüber, daß trotz des Versprechens der Sowjetregierung die Heimführung der Soldaten nicht begonnen wurde. Die Soldaten wurden im Gegenteil zwecks eines neuen Feldzuges vollkommen neu ausgerüstet. Besonders stark sei die Wißtimmung unter dem Roten Heer in Mittelst. Sie wuchs Anfang Januar darauf an, daß eine allgemeine Meuterei ausbräche. Die Soldaten verlangten die sofortige Heimführung. Die erschreckten Kommissare ließen die Führer der Aufständigen sofort gefangennehmen und sie an den Koffern aufhängen. Aber die weitere Entwicklung der Lage in Mittelst steht bisher jedeswegs.

Reichsminister Dr. Hermes über die gegenwärtige Ernährungslage.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist am Sonntagabend in Dresden die Konferenz der Ernährungsminister unter Vorsitz des Hrn. Reichsministers Dr. Hermes abgehalten worden. Im Anschluß daran gab nachmittags dieser in einer Versammlung der Pressevertreter Aufschluß über die gegenwärtige Ernährungslage und die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft besorgte Politik.

Diese Politik ist von dem Gedanken geleitet gewesen, die große Not unserer Ernährung durch die einfache Maßnahme der Steigerung des Angebots von Lebensmitteln zu lindern. Unsere Zwangswirtschaft, die wir aus dem Kriege entnommen haben und noch heute zu einem Teile fortführen müssen, ist Mangelwirtschaft, und dieser Mangel dauert auch heute noch an. Es mußte daher mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, diesen Mangel zu beseitigen. Das wird von zwei Seiten aus versucht, zunächst durch eine Steigerung der inländischen Produktion und dann durch eine Steigerung und Verbesserung der Einfuhr.

Aber die Förderung der inländischen Produktion machte der Hr. Reichsminister im wesentlichen folgende Angaben. Der Rückgang der pflanzlichen und tierischen Produktion infolge des Krieges war auch nach der Kriegszeit so außerordentlich groß, daß man zunächst daran denken mußte, den Rückgang dieser inländischen Produktion auszubalancieren und allmählich zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland zu kommen. Die erste Maßnahme, die zu ergreifen war, bestand in einem allmählichen und besonderen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft zeigte wenig Bereitwilligkeit, die Fesseln der Zwangswirtschaft zu tragen, aber auch die Verbraucher wüßten den Abbau und die Vereinfachung ihres Apparates. Zweifellos hat von einer ganzen Reihe von zwangswirtschaftlichen Gebieten die Exekutive vollständig verlastet, und so ist an den Abbau der Zwangswirtschaft herangegangen worden, so auf den Gebieten der Kartoffelwirtschaft, der Fleischwirtschaft, der inländischen Obstwirtschaft. Die Zwangswirtschaft in der alten Form kann nicht dauernd fortgeführt werden. Ihre Aufhebung ist zu einem Postulate in der Öffentlichkeit geworden, und viele Kreise im Parlament haben sich dafür ausgesprochen. Ein endgültiges Urteil dafür, daß die Abschaffung der Zwangswirtschaft im Interesse der Verbraucher liegt, kann noch nicht gegeben werden. Aber es werden schon eine Reihe von Vorteilen bemerkt wie der Rückgang des Schleichhandels und die Einstellung des Hamsterverkehrs. Es sind auf dem Wege des Abbaus der Zwangswirtschaft infolge der Steigerung der eigenen Produktion bessere Verhältnisse für die Landwirtschaft und die Verbraucherschaft geschaffen worden. Den Vorwurf, als ob die Politik des Ernährungsministeriums sich in allen Kreisen fortbewege, weiß Dr. Hermes zurück.

Für die Steigerung der inländischen Produktion sind noch von Wichtigkeit die bessere Verwendung von Kunstdünger und die Verbesserung von Futtermitteln. Mit theoretisch ausgelegten Systemen kommt man hier nicht vorwärts, man muß nach einfachen Grundfahen verfahren und klare, an die praktische Erfahrung angepaßte Maßnahmen treffen.

Der Hr. Reichsminister berührte dann die Stickstoff-, die Phosphorsäure- und die Kalifrage im Zusammenhange mit der Brotverforgung. Unsere Brotverforgung ist schwierig infolge des dauernden Rückganges unserer Ernten und infolge eines gewissen Versagens der Exekutive. Es ist immer schwieriger geworden, die Menge und Verordnungen durchzuführen. Aber wir dürfen aus der Schwierigkeit der Brotverforgung nicht den Schluß ziehen, als ob wir uns nun weiter so durchhängern müßten wie bisher. Daher mußten wir einen starken Zugriff an das Ausland machen. Wir mußten statt ein paar hunderttausend Tonnen 2 bis 3 Mill. t Getreide für das laufende Jahr einführen. Das ist gegen das Vorjahr ein ganz ungeheures Mehr, aber es mußte getan werden, weil wir sonst ganz andere Möglichkeiten unserer Ernährung bezüglich des Brotes in die Wege hätten bringen müssen. In dieser Weise ist das Reichs-